

Nach- und Bedenkliches zur Frage:

Ist halb Lank abbruchreif?

Über das obige Thema diskutierte kürzlich eine Reihe von Mitbürgern in einer öffentlichen Aussprache. Offenbar ist die Unsicherheit über Abrißprojekte in der Bürgerschaft nicht unerheblich, obwohl die Planung versucht hat, durch Bürgerbriefe soweit wie möglich über künftige Objekte aufzuklären. Nur - das Problem liegt darin, daß die meisten nicht in der Lage sind, die Pläne richtig zu lesen und zu verstehen. Das ist den Absendern auch bekannt. Beschreibungen und Bildchen mit attraktiven Perspektiven geben eben nicht alles wieder, was in den Plänen steht.

Außerdem sollte man wissen, daß der Stadtrat für die Planung verantwortlich ist, denn er beschloß seinerzeit, daß alle Freiflächen und Baulücken in der Stadt geordnet und praktisch baureif gemacht werden sollen. Dieser Beschluß erfolgte einstimmig durch alle anwesenden Ratsmitglieder.

Als erster Schritt eines riesigen Sanierungsplanes wurde bereits das Schicksal der westlichen Hauptstraße besiegelt: nach dem Willen der Planer soll fast der gesamte Altbaubestand zwischen Parkplatz und Krankenhaus dem Bagger weichen, weil einerseits hier noch viele Geschäfts- und Wohnhäuser gebaut werden sollen, und weil andererseits die Zugkräftigkeit der Hauptstraße als Geschäftszeile dieses Stadtteils noch durch ein sog. "Kommunikationszentrum" gehoben und erweitert werden soll. Der Kommunikation und dem Kommerz wird ein hoher Stellenwert eingeräumt. Dafür entsteht im Anschluß an den Parkplatz ein riesiger "Roter Platz" mitten in Lank, ein Projekt, das nach unserer Meinung eine Nummer zu groß erscheint. Dieser Platz wird gebildet durch die Hauptstraße und durch einen Kreis von Geschäftswohnhäusern in abwechslungsreichem "Brikettstil", der an vielen Stellen in Meerbusch bestaunt werden kann; Häuser, wie sie in Krefeld, Hamburg, Frankfurt oder München auch stehen.

Mitglieder des Heimatkreises wurden in letzter Zeit häufig nach der Notwendigkeit der geplanten Abrißobjekte gefragt, ob wir das denn nicht verhindern könnten und warum das so beschlossen wurde. Die Leute wollen einfach nicht wahrhaben, daß so ein Abrißvorhaben wirklich beschlossene Sache ist. - Wir verwiesen auf die Bürgeranhörungen, auf Einspruchsfristen, auf den Kontakt zu unseren gewählten Kommunalpolitikern, usw. Doch diese Möglichkeiten werden mit resignierender Geste abgetan und werden daher kaum genutzt; deshalb funktionieren sie auch nicht, wie es wünschenswert wäre.

Der Heimatkreis hat sich bei den Planern stets für ein unverwechselbares Ortsbild eingesetzt und versucht zu erreichen, daß wenigstens einige wenige der Ortsbildprägenden Häuser in die Planung integriert werden, nicht nur auf der Hauptstraße, sondern auch in anderen "Sanierungs"-bereichen. Wir sind der Meinung, daß für die Ortsbildpflege zu wenig getan wird, und daß die Häuser nicht alle abgerissen werden müssen, zumal sie nicht abbruchreif, sondern voll funktionsfähig und voll genutzt werden. Wir wollten verhindern, daß eine großflächige und gesichtslose Großsanierung erst garnicht in die Diskussion gerät. Aber die Verwaltung beschied unsere Vorschläge und Einwände mit den lapidaren Hinweisen, daß hier "keine erhaltenswerte Substanz vorhanden" sei, und daß es hier um die Verbesserung der Funktion der Hauptstraße und um die Hebung der Attraktivität als Einkaufszentrum geht, und nicht um das alte Ortsbild, sondern um neue Dimensionen. (aha!) - Mit der Vorlage ihrer Pläne und Vorstellungen hat die Verwaltung erst mal auftragsgemäß ihre Aufgabe erfüllt; danach befaßte sich der Planungsausschuß damit.

Wir haben die Planer immer wieder gebeten, mehr Behutsamkeit walten zu lassen und das Ortsbild nicht zu zerstören oder zu verfälschen: eine Zukunft für unsere Vergangenheit! Leider haben wir bei unseren Politikern nur in einzelnen Fällen für unsere Anliegen Verständnis gefunden. Wir können auch in Zukunft nicht mir der Zerstörung unseres Ortsbildes einverstanden sein, wie es jetzt geplant ist. Das wird wohl jeder verstehen, das ist unser gutes Recht, auch wenn wir als ewig Gestrige angefeindet werden. Von einer Integration funktionsfähigen Bestandes will man nämlich bei den vergleichsweise billigen Möglichkeiten einer radikalen Baggersanierung nichts wissen.

Abreißen und neu bauen ist schließlich keine Kunst; behutsam integrieren erfordert jedoch den Einsatz qualifizierter Planer.

Damit den Planungen nun von vornherein möglichst wenig Widerstand entgegengesetzt werden kann, bedient sich die Verwaltung eines nicht ganz senkrechten Vorgehens: zuerst wird das Gebiet in einem Umlegungsverfahren "vorbehandelt", und danach wird das Bebauungsplanverfahren eingeleitet. Dies steht allerdings im Gegensatz zum Willen des Gesetzgebers, der eine frühzeitige Unterrichtung, Beteiligung und Anhörung der Bürger fordert.

Am Ende wurden wir darauf hingewiesen, daß die betroffenen Bürger ja bereits ihre Anwesen der Stadt verkauft hätten und somit Tatsachen geschaffen wurden, die gegen uns sprechen. Der Heimatkreis hat daraufhin in Gesprächen erfahren, daß zunächst niemand der Betroffenen sein Anwesen verkaufen wollte (wer will das schon, ohne in Not zu sein); jedoch wurden fast alle in erstaunlich kurzer Zeit dazu gebracht, einzusehen, daß es besser sei, zu unterschreiben und 1:1 Alt gegen Neu zu tauschen, wollte man es nicht auf ein Enteignungsverfahren ankommen lassen. Gezielter psychologischer Druck der Amtsdienner auf die einzelnen Betroffenen half hier nach. Das heißt, daß auch die Mitmenschen auf der schwächeren Seite des Lebens, wie Rentner, Betagte, Kranke auf ihrem alten Tag ihre gewohnte Umgebung verlassen müssen, wo sie über 60, 70 oder 80 Jahre gelebt und gewirkt haben. Für jüngere Generationen und für Gewerbebetriebe ist dies kein Problem; für alteingesessene Bürger jedoch ein großes Unglück, denn der Lebensraum der Senioren wird immer kleiner, je älter sie werden, bis er sich ganz auf Haus und Garten beschränkt; sie müssen ihr Heim verlassen, die Nachbarschaft wird aufgelöst, gewachsene Strukturen durch künstliche ersetzt. Umsiedeln ist für solche Leute hart. Spätestens hier hört der Planungsspaß auf, denn es entsteht somit ein hausgemachtes Vertriebenenproblem. Wo sind wir denn? Solche Beschlüsse sind unchristlich, unsozial und bürgerfeindlich. Man soll einen alten Baum nicht mehr verpflanzen, heißt es aus gutem Grund. Bei Meerbuschs spielt das offenbar keine Rolle; und wer behauptet, die Leute hätten alle freiwillig unterschrieben, bleibt nicht bei der Wahrheit, denn Resignation, Frust und Angst vor der Obrigkeit waren mit im Spiel. Leider wurden Kompromisse in der Planung weder gesucht noch geduldet. Wir meinen, der Preis ist reichlich hoch. Die Ratsmitglieder stimmten mit überwältigender Mehrheit (sogar aus Biederich und Osterath) über Planungsvorhaben in Lank ab, ohne die Belange dieser Betroffenen zu bedenken und die Folgen zu berücksichtigen, die eine solche Radikalsanierung bewirkt. - Und wer dagegen votierte, bezog womöglich noch die Klassenkeile der Fraktion.

Bleibt uns zu fragen: was haben sich unsere Ratsmitglieder - besonders im Planungsausschuß - dabei eigentlich gedacht? Haben sie die Folgen billigend in Kauf genommen?

Was heute auf der Hauptstraße passiert, das geschieht morgen auf der Gonellastraße, Uerdinger Straße oder Mittelstraße ebenfalls oder auch in Osterath und Biederich. Das sollte niemand wundern bei dem Tempo, wie hier geplant und abgestimmt wird. Im Grunde ist jeder Altbau planungs- und abrißbedroht, wie die zahlreichen Beispiele der letzten 16 Jahre beweisen, angefangen von der Ewigen Lampe, dem Schwarzen Pferd usw. Wer heute noch ruhig in seinem Wigwam schläft, kann morgen schon unversehens überplant sein. Da diese Art von Sanierung (= Verbesserung, Heilung) noch fünf Jahre dauern soll, kann noch manches schöne Haus einer geschichts- und gesichtslosen Baumas- se weichen

Addo Winkels

